

*Kerstin Zimmer*

*Symbolischer Konsens, regionale Kohäsion und das Versagen institutioneller Innovation in Donetsk<sup>1</sup>*

Die Ukraine zeichnet sich durch erhebliche regionale Disparität aus, die sich in einander verstärkenden historischen, sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden ausdrückt. Meine Betrachtung konzentriert sich auf den Oblast Donetsk in der Ost-Ukraine, der geprägt ist von sprachlicher und kultureller Russifizierung sowie dem Vorherrschen der Kohle- und Schwerindustrie. Die Region befindet sich in einer tiefen sozioökonomischen Krise, der wenig Innovation und Reform entgegengesetzt werden.<sup>2</sup> Im folgenden möchte ich zwei Formen von Entwicklungsblockaden beschreiben.

Wirtschaftsstrukturelle Probleme begrenzen die Handlungsmöglichkeiten lokaler und regionaler Akteure. Das ökonomische sowjetische Erbe besteht in einer industriellen Monostruktur, die durch eine seit den 70er Jahren rückläufige Investitionstätigkeit beeinträchtigt ist. Die geringe Konkurrenzfähigkeit vieler Betriebe wird unter Weltmarktbedingungen evident. Mit der Auflösung der Sowjetunion verlor die Region wichtige Absatz- und Beschaffungsmärkte. Großbetriebe – meist in Staatseigentum – dominieren die regionale Produktion und Beschäftigung. Seit 1995 versetzte das Sinken der Kaufkraft dem entstehenden Privatsektor einen Rückschlag. Die Restrukturierung des Kohlesektors und verwandter Industrien zieht sozioökonomische, ökologische und politische Probleme nach sich. Die ukrainische Wirtschaftspolitik trägt nicht zur Verbesserung des Investitionsklimas bei.

Neben diesen "objektiven Gegebenheiten" sind weiche Faktoren wie Werte, Denkmuster relevant, da sie die Wahl potentieller Entwicklungspfade für die Region zusätzlich einschränken.<sup>3</sup>

In der Region dominiert ein ökonomisch geprägtes Selbstbild, das sich vor allem aus der sowjetischen Zeit speist und auf die heutige Situation übertragen wird. Während der sozialistischen Phase sah man sich in Donetsk nicht als benachteiligte Region, sondern internalisierte mangels objektiver Informationen die offizielle Propaganda, die das Donbass als Schaufenster des Sozialismus und Motor der industriellen Entwicklung darstellte. Heute wird auf die Überlegenheit einer industrialisierten, urbanisierten Region hingewiesen, die zugleich Hort der Arbeiterklasse und Kaderschmiede ist. Retrospektiv erscheint die sowjetische Phase als positiv, denn sie symbolisiert Stabilität und relativen Wohlstand. Die recht starke Identifikation mit der Region stützt sich also fast ausnahmslos auf ökonomische Faktoren und

<sup>1</sup> Diese Arbeit ist im Zusammenhang des von Prof. Melanie Tatur geleiteten und von der Volkswagen Stiftung finanzierten Forschungsprojektes "Lokale und regionale Akteure in der regionalen Entwicklungspolitik in Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn" entstanden.

<sup>2</sup> Bis 1995 galt die Region als Reformvorreiter. 1996 entließ der Präsident die als vergleichsweise liberal und fortschrittlich geltende Oblast-Regierung.

<sup>3</sup> Grundlage der folgenden Ausführungen sind qualitative Interviews mit lokalen und regionalen Akteuren, die im Herbst 1999 in Donetsk durchgeführt wurden.

reproduziert und perpetuiert im Grunde die sowjetische Propaganda. Dies wird zu einem Problem, da die Basis für diese Identifikation erodiert.

Historische Vorbilder für eine andere Wirtschaftsstruktur in Form kleiner und mittelständischer Unternehmen fehlen. Als typisch und historisch "gewachsen" können nur jene Strukturen gelten, die langfristig kein Wachstum versprechen, sondern auf Subventionen angewiesen und anfällig gegenüber Schwankungen auf dem Weltmarkt sind, d.h. vor allem die Kohle- und Stahlindustrie.

Die "ungünstige", periphere Lage des Donbass, die jahrzehntelange Isolation sowie mangelnde Fremdsprachenkenntnisse machen sich heute bemerkbar. Im Gegensatz zur Westukraine verfügt die Region kaum über Diaspora in westlichen Ländern, was die Möglichkeiten der Unterstützung und des Austauschs heute weiter begrenzt. Die westukrainische Diaspora schenkt dem Donbass keine Aufmerksamkeit. Jedoch verfügen vor allem Mitarbeiter von NGOs und Teilen der neuen Privatwirtschaft über Beziehungen ins Ausland und/oder eigene Auslandserfahrungen und unterscheiden sich stark von jenen, die derartige Kontakte und Impulse nicht besitzen. Letztere greifen auf sowjetische Deutungsmodelle zurück und sehen kaum Alternativen zur bisherigen Entwicklung oder sie lehnen solche "neuen" Muster ab:

Für den Oblast Donetsk passen kleine Betriebe nicht – er besteht aus großen, ja gigantischen Betrieben. Wie ein Schwamm haben diese Betriebe die Menschen aufgesaugt, und sie sind dort gebunden an die Betriebe, wie Ruderer auf türkischen Galeeren: sie können nirgendwohin entkommen von diesem Schiff. ... Und was sollen die kleinen Betriebe machen, wenn sich die großen lohnen? ... im allgemeinen arbeiten die Leute in großen Betrieben. Es muß einen Direktor geben, es muß Ingenieur-Dienste geben, und jeder muß seine Aufgabe erfüllen. Nun, es ist so gekommen, daß die Leute es bei uns so haben wollen. ... Warum soll man das aufgeben? Soll man ein Bergwerk nehmen, es schließen und kleine Bergwerke eröffnen? Oder eine Fabrik schließen und kleine metallverarbeitende Betriebe aufmachen? Nein, das ist nicht normal. Man muß den Oblast Donetsk begreifen und im allgemeinen die Situation in der Ukraine begreifen. In anderen Oblasten ist es genauso. Darin liegt die Spezifik.<sup>4</sup>

In dieser Aussage wird einerseits das Dilemma deutlich, in dem sich die Region befindet. Andererseits zeugt sie von der Gewißheit über die Richtigkeit der bisherigen Strategie, in der Macht und Größe und nicht Gewinnorientierung entscheidend sind für Erfolg. Nur wenige betrachten die ökonomischen Strukturen als veraltet und langfristig entwicklungshemmend. Im Gegenteil, es herrscht der Glaube, finanzielle Unterstützung mache die Betriebe wieder konkurrenzfähig. "Investitionen in die Kohleförderung und Metallindustrie sind heute so wichtig wie nie zuvor. Alles andere wird dann von selbst kommen. ... Ja, die Grundstoffindustrie, das ist das, was wir brauchen."<sup>5</sup> Modernisierung wird nur im Sinne technischer Ausstattung und Produktionsabläufe verstanden, nicht aber im Sinne struktureller Veränderungen.

---

<sup>4</sup> Herr V.P., Sekretär des Rates für Freie Wirtschaftszonen, Oblast-Verwaltung, Donetsk, November 1999. Dieses und die folgenden Zitate wurden von mir aus dem Russischen übersetzt.

<sup>5</sup> Herr N.D., Stadtverwaltung Donetsk, November 1999.

Interviewpartner aus der Staats- und Kommunalverwaltung denken in Kategorien staatlicher Wirtschaftsplanung. Eine Befragte geht sogar davon aus, einzelne Betriebe und ganze Branchen hätten "nach Plan" den Übergang zum Markt vollziehen können:

Es hängt alles davon ab, wie gut ein Betrieb oder Branche war, als diese plötzliche Transformation begann. Wir waren nicht vorbereitet. Wenn wir uns zehn Jahre vorbereitet hätten, sagen wir von 1980 an, und wenn wir gewußt hätten, daß wir 1995 zur Marktwirtschaft übergehen, was hätten wir getan? Wir hätten vor allem die Bevölkerung vorbereitet, ihnen erklärt, was dieser "Markt" ist, was dieser "Kapitalismus" ist. Wir hätten entsprechende Kader vorbereiten können. ... Aber es geschah alles so plötzlich. Und die Betriebe, die es zu Beginn dieses Übergangs geschafft hätten, einige Investitionen zu erhalten, sie hätten ihre Grundausstattung erneuern können, sie hätten neue Technologie erhalten, so daß sie natürlich besser darauf vorbereitet gewesen wären und ihre Produkte wären konkurrenzfähiger.<sup>6</sup>

Neben anderen Lokalgrößen ist der Donetsker Bürgermeister Rybak Abgeordneter in der Verchovna Rada und "hilft" der Stadt Donetsk, ebenso wie der Staatspräsident der Region "hilft".<sup>7</sup> Die Klientelbeziehungen nach Kiew scheinen gut etabliert. Gegenüber den Bürgern äußert sich der Paternalismus in einer fortgesetzten "Diktatur über die Bedürfnisse"<sup>8</sup>:

Es ist notwendig, sich an den Bedürfnissen zu orientieren und an der Nachfrage. Wir müssen uns an dem orientieren, was notwendig ist.<sup>9</sup> Jedoch besitzt die Verwaltung nach wie vor das Privileg zu bestimmen, was "notwendig" ist.<sup>10</sup>

Die Befragten hatten zumeist keine Vorstellung über "Regionalpolitik", was sich durch das fortgesetzte Denken in Kategorien sektoraler Planung erklären läßt.<sup>11</sup> Keiner der Interviewpartner sieht einen wirklichen Konflikt zwischen der Region und dem Zentrum in Kiew. Das Verhältnis wird meist als "normal" beschrieben. Fast alle sind davon überzeugt, über genügend Vollmachten und Mittel zu verfügen. Innerhalb der Region gibt es "Probleme", aber keine Konflikte. Interessensgegensätze zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden nur selten thematisiert. Diese Auslassungen weisen auf mangelndes Denken in institutionellen Kategorien hin. Der unzulängliche rechtliche Rahmen wird selten erwähnt. Aufgrund der personalisierten Beziehungen ist er nicht hinderlich und muß somit auch nicht verändert werden. Statt dessen versucht man, Ausnahmeregelungen für die Stadt und die Region zu erhalten und die allgemeinen rechtlichen Vorgaben zu umgehen. Deshalb bildet die lokale Ebene bisher kein Gegengewicht zu sektoralen Interessen.

Die Netzwerke sind geschlossen und tragen nicht zu einer Generalisierung von Vertrauen bei. Die geringe Offenheit gegenüber Außenstehenden zeigte sich im problematischen Zugang zu

<sup>6</sup> Frau L.D., Oblast-Wirtschaftsverwaltung, Donetsk, November 1999.

<sup>7</sup> Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung und der Stadtteilverwaltung äußern diese Auffassung.

<sup>8</sup> Der Begriff geht zurück auf A. Heller/F. Fehér/G. Márkus: Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, Hamburg 1983.

<sup>9</sup> Frau L.D., Oblast-Wirtschaftsverwaltung, Donetsk, November 1999.

<sup>10</sup> Gespräch mit M.A., Privatunternehmer, Donetsk, Juli 1999.

<sup>11</sup> Auf regionaler Ebene gibt es bislang keine Verankerung von Regionalpolitik. Ein Präsidentenerlaß (Dezember 1999) zur Einrichtung von Agenturen für Regionalentwicklung in jedem Oblast wird nur zögerlich umgesetzt.

Interviewpartnern. Termine konnten meist nur durch persönliche Beziehungen der Kooperationspartner vor Ort hergestellt werden. Im Gegensatz dazu zeigen neue Privatbetriebe und NGOs größere Aufgeschlossenheit. Im allgemeinen gilt, daß Einzelpersonen und Organisationen Informationen für sich behalten, da sie als Machtquelle angesehen werden. Einzelne Fälle von Kooperation fußen auf (starken) persönlichen Beziehungen.

Die Gruppe der Interviewpartner wirkte heterogen und wenig integriert. Was sie jedoch teilen, ist die regionale Identität, die sich durch ökonomische Faktoren bestimmt ist.

#### *Die Hoffnung stirbt zuletzt*

Angesichts der geschilderten Situation stellt sich die Frage, was diese Denk- und Handlungsmuster aufbrechen könnte und wo sich Keimzellen für eine neue Entwicklung ausmachen lassen. Im folgenden betrachte ich potentiell integrierende Werte und Regeln als Basis für Kooperation sowie potentielle Träger von Innovation.

In den meisten Interviews zeigt sich eine Loyalität zum ukrainischen Staat ohne eine Verbundenheit mit der ukrainischen Nation. Der ukrainische Staat wird als Handlungsrahmen akzeptiert und genutzt. Während im Westen des Landes die Unterschiede zwischen Ukrainern und Russen deutlich wahrgenommen werden, sind sie in Donetsk widersprüchlich und unscharf. Ebenso verhält es sich mit der Sprache. Die Mehrzahl der Interviewpartner wollte sich nicht festlegen und gab an, sowohl ukrainisch als auch russisch zu reden. Die Bevölkerung identifiziert sich selbst vielfach als "sowjetisch".<sup>12</sup>

Die Selbstbeschreibung als "sowjetisch" deutet auf eine Identifikation mit dem alten System und damit verbundenen Handlungsweisen hin. Die Bevölkerung zeichnet sich durch Passivität aus und richtet nach wie vor Versorgungsansprüche an den Staat. Mitgliedszahlen für Parteien und andere Organisationen sowie gesellschaftliches Engagement sind gering. Eine – weitgehend syndikalistische – Mobilisierung fand nur 1989/90 und 1993 statt. In den von Bergwerksschließungen betroffenen Siedlungen können sich die Bewohner nicht selbst organisieren, sondern sind auf Impulse und Anleitungen von außen angewiesen.

NGOs sind zumeist Eliten-Zirkel, oft auf äußere Finanzierungsanreize entstanden und wenig mit der lokalen Bevölkerung verbunden. Es stellt sich die Frage, wie Vorbilder und Orientierungen, die es den außenorientierten Akteuren ermöglichen, den Zustand der "Alternativlosigkeit" zu verlassen, in das Alltagshandeln vor Ort integriert werden. Die erste Grenze findet sich dort, wo auch bei ihnen selbst alte Denkmuster durchschlagen. Zugleich stoßen sie auf äußere Grenzen, vor allem durch den Staat, der – trotz einiger Verbesserungen – wenig Erfahrung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen hat. Gesellschaftliche Gruppen, die das staatliche Privileg, gesamtgesellschaftliche Entscheidungen zu treffen, nicht direkt gefährden, wie Wohltätigkeits-, Frauen-, Veteranen- und Jugendorganisationen, werden geduldet.

---

<sup>12</sup> Georg O. Liber: *Imagining Ukraine: regional differences and the emergence of an integrated state identity, 1926-1994*, in: *Nations and Nationalism* 2/1998, S. 187-206. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie der Akademie der Wissenschaften in Donetsk, die auf Befragungen in Bergarbeitersiedlungen beruht.

Gruppen, die sich politischer oder ökonomischer Themen annehmen, stoßen auf mehr Widerstand und Mißtrauen.

Gewerkschaften treten vor allem durch Protest-Aktionen in Erscheinung. Sie kämpfen für das Überleben des Kohlesektors und den Erhalt der Arbeitsplätze "um jeden Preis". Dabei bleiben sie rückwärtsgewandt und weitgehend ohne Vision. Hinzu kommt eine Zersplitterung der Gewerkschaften, in der jeder für seine Belange kämpft. Die Bergarbeitergewerkschaften werden von der Bevölkerung zunehmend als egoistisch wahrgenommen. Sie arbeiten auch nicht mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, abgesehen von linken politischen Gruppierungen.<sup>13</sup> So wirken sie lediglich polarisierend, fordern aber nicht zur Diskussion über die Zukunft der Kohle heraus.

Im gesamtukrainischen Vergleich ist die Region stark säkularisiert. 1995 erklärten 45% der Einwohner, religiös zu sein (gegenüber 88% in Galizien). Die Dichte an religiösen Einrichtungen ist ebenfalls viel geringer. 1999 gaben zwar 51% an, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen, die Teilnahme am religiösen Leben bleibt jedoch zumeist oberflächlich. Die orthodoxe Kirche dominiert sowohl bei der Anzahl der Gläubigen als auch bei den Einrichtungen, nimmt aber keine gesellschaftlichen Aufgaben wahr. Eine zunehmende Rolle spielen Sekten.<sup>14</sup> Religion oder Kirche wirken weder handlungsleitend noch integrierend. Keiner der Interviewpartner sprach das Thema an.

Neue private Betriebe sind bewußt staatsfern. Sie suchen nicht die Zusammenarbeit oder Unterstützung durch staatliche Stellen, sondern möchten vor allem "in Ruhe gelassen" werden.<sup>15</sup> Bisher gibt es wenig Kooperation zwischen Betrieben und so gut wie keine Einrichtungen zur Unterstützung des Unternehmertums. Viele Kleinunternehmer arbeiten in der Schattenwirtschaft und artikulieren ihre Interessen nicht.

Das politische Geschehen wird – zum Teil hinter den Kulissen – von einflußreichen Einzelpersonen und oligarchischen Gruppen bestimmt.

Diese alte Elite wird noch für lange Zeit bestehen bleiben ... Die Elite, besonders die Donetsker Elite, ist nicht nur eine Abstraktion. Die Donetsker Elite ... ist ein Kreis von Leuten, die einander gut kennen. ... Sie sind wie Bergsteiger, sie gehen in einer Gruppe. Wenn einer den Gipfel erreicht, folgen die anderen ihm nach. Und schon sind sie wieder da. Sie verlieren einander nicht, sie haben persönliche Beziehungen ... Sogar wenn sich heute ihre Wege trennen, einer bleibt Betriebsdirektor, andere in der Verwaltung und wieder andere sind im Parlament, aber sie sind trotzdem immer vereint.<sup>16</sup>

Diese Clans entstanden schon zu Brežnevs Zeiten, als die Manager faktisch große Teile der ukrainischen Wirtschaft als eigene private "Fürstentümer" usurpierten. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine, die sie unterstützten, erhielten sie noch leichteren Zugriff auf die Besitztü-

---

<sup>13</sup> Herr V. Ch., Gewerkschaftsführer Donetsk, November 1999.

<sup>14</sup> Aleksej Krindač: Kirchenlandschaft Ukraine – Probleme, Kämpfe, Entwicklungen, in: Osteuropa 10-11/1997, S. 1066-1092.

<sup>15</sup> Herr M. A., Privatunternehmer, Donetsk, Dezember 1999.

<sup>16</sup> Herr I. P., Professor für Philosophie, Donetsk, November 1999.

mer<sup>17</sup>, da die Kontrolle durch die Allunions-Ministerien entfiel. Heute verfolgen sie vor allem Rent-Seeking-Interessen und sind nicht an Reformen interessiert, die ihre Position gefährden.

#### *Fazit*

Das Vorhandensein einer regionalen Identität läßt sich aus den Interviews entnehmen. Es gibt einen Konsens darüber, was die Region ist und zum Teil auch darüber, was sie zukünftig sein soll. Dies bringt aber keine Innovationen hervor, sondern ist auf Bewahrung angelegt. Fast alle Akteure, die mit Macht ausgestattet sind, denken in alten Kategorien und zielen auf Konservierung der alten Strukturen oder der nun bestehenden Strukturen, welche die Rent-Seeking-Interessen absichern. Andere Akteure zeigen Ansätze zu Reformen, sind aber weitgehend machtlos und in der Reichweite ihrer Tätigkeit begrenzt.

---

<sup>17</sup> Ilya Prizel: Ukraine between proto-democracy and "soft" authoritarianism, in: Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova, hrsg. von Karen Dawisha und Bruce Parrott, Cambridge 1997, S. 330-369.